KOMMISSION DER EG gegen Jégo-Quééré et Cie SA

Urteil vom 1. April 2004

**Frage der individuellen Betroffenheit eines Fischereiunternehmens durch eine
Verordnung der Kommission**

Art. 3 (d) und 5 der VO (EG) 1162/2001 der Kommission vom 14.6.2001 zur Wiederauffüllung des
Seehechtbestandes
Art. 230 (4) EG

Sachverhalt:

Die Kl., ein Fischereiunternehmen mit Sitz in Frankreich, betreibt südlich von Irland den Wittlingfang, der durchschnittlich 67,3 % ihrer Fänge ausmacht. Am 2.8.2001 erhob sie nach Art. 230 (4) EG[1] Klage auf Nichtigkeitserklärung der Art. 3 (d) und 5 der VO (EG) Nr. 1162/2001, da die nunmehr angeordnete Größe der Maschenöffnungen der Netze ihre Fänge von Wittling geringerer Größe erheblich verringern würde. Ferner würde sie im Fall der Unzulässigerklärung ihrer Klage über keinen Rechtsbehelf mehr verfügen, da es keinen auf nationaler Ebene erlassenen Rechtsakt gäbe, der gerichtlich angefochten werden könne.

Mit Urteil vom 3.5.2002 (= NL 2002, 111) erklärte die erste erweiterte Kammer des EuGH die Klage mit der Begründung für zulässig, dass – um einen wirksamen gerichtlichen Rechtsschutz des Einzelnen zu gewährleisten – eine natürliche oder juristische Person von einer allgemein geltenden Gemeinschaftsbestimmung, die sie unmittelbar betreffe, dann als individuell betroffen anzusehen sei, wenn diese Bestimmung ihre Rechtsposition unzweifelhaft und gegenwärtig beeinträchtige, indem sie ihre Rechte einschränke oder ihr Pflichten auferlege.

Die Kommission legte dagegen ein Rechtsmittel beim EuGH ein, worin sie die Aufhebung des Urteils und die Abweisung der Nichtigkeitsklage beantragte.

Rechtsausführungen:

□ Die Kommission bringt vor, das Gericht erster Instanz habe dadurch gegen Art. 230 (4) EG verstoßen, dass es die Voraussetzung der individuellen Betroffenheit der Kl. in einer Weise ausgelegt habe, die mit dem vom Vertrag geschaffenen Rechtsschutzsystem unvereinbar sei.

□ Gemäß dem in Art. 10 EG aufgestellten Grundsatz der loyalen Zusammenarbeit haben die nationalen Gerichte die Verfahrensvorschriften über die Einlegung von Rechtsbehelfen möglichst so auszulegen und anzuwenden, dass natürliche und juristische Personen die Rechtmäßigkeit jeder nationalen Entscheidung oder anderen Maßnahme, mit der eine Gemeinschaftshandlung allgemeiner Geltung auf sie angewendet wird, gerichtlich anfechten können.

Eine Nichtigkeitsklage vor dem Gemeinschaftsrichter steht jedoch einem Einzelnen, der sich gegen eine Handlung mit allgemeiner Geltung wie eine Verordnung wendet, die ihn nicht in ähnlicher Weise individualisiert wie einen Adressaten, auch dann nicht offen, wenn der Gemeinschaftsrichter zu dem Ergebnis kommt, dass der Einzelne nicht die Möglichkeit hat, die Gültigkeit der strittigen Gemeinschaftshandlung gerichtlich in Frage zu stellen. Denn eine solche Regelung würde es in jedem Einzelfall erforderlich machen, dass der Gemeinschaftsrichter das nationale Verfahrensrecht prüft und auslegt, was seine Zuständigkeit überschreiten würde.

Die Tatsache, dass die VO Nr. 1162/2001 im vorliegenden Fall unmittelbar – also ohne Tätigwerden der nationalen Behörden – gilt, bedeutet als solche nicht, dass ein von ihr unmittelbar betroffener Wirtschaftsteilnehmer ihre Gültigkeit erst dann in Zweifel ziehen kann, wenn er gegen sie verstoßen hat. Es ist nämlich nicht auszuschließen, dass ein nationales Rechtssystem einem Einzelnen, der von einer allgemeinen normativen Handlung des nationalen Rechts unmittelbar betroffen ist, die Möglichkeit eröffnet, eine Maßnahme zu beantragen, die vor dem nationalen Gericht im Wege einer mittelbaren Beanstandung der fraglichen Maßnahme angefochten werden kann. Dies gilt auch für von der VO Nr. 1162/2001

unmittelbar betroffene Wirtschaftsteilnehmer.

Die Voraussetzung, dass eine natürliche oder juristische Person nur dann Klage gegen eine Verordnung erheben kann, wenn sie nicht nur unmittelbar, sondern auch individuell betroffen ist, ist im Licht des Grundsatzes eines effektiven gerichtlichen Rechtsschutzes unter Berücksichtigung der verschiedenen Umstände, die einen Kläger individualisieren können, auszulegen. Eine solche Auslegung kann jedoch nicht zum Wegfall dieser ausdrücklich im Vertrag genannten Voraussetzung führen. Andernfalls würden die Gemeinschaftsgerichte die ihnen durch den Vertrag verliehenen Befugnisse überschreiten. Die vom Erstgericht gewählte Auslegung ist insofern verfehlt, als die Voraussetzung der individuellen Betroffenheit, wie sie in Art. 230 (4) EG vorgesehen ist, verfälscht wird. Das Rechtsmittel der Kommission erweist sich somit als **begründet**.

□ Die Kl. macht in ihrem Anschlussrechtsmittel geltend, dass das Erstgericht zu Unrecht entschieden habe, dass sie von der VO Nr. 1162/2001 nicht individuell betroffen sei. Sie werde insbesondere durch zwei Umstände aus dem Kreis aller übrigen von der VO Nr. 1162/2001 berührten Personen herausgehoben: Erstens sei sie der einzige Wirtschaftsteilnehmer, der ständig im Keltischen Meer mit Schiffen von über 30 Metern Länge Wittling fische und jungen Seehecht nur in geringfügigen Mengen im Wege des „by-catch“ fange. Zweitens sei sie die einzige Fischfang-Reederei gewesen, die der Kommission vor dem Erlass dieser Verordnung eine bestimmte Lösung für die Wiederauffüllung des Seehechtbestands vorgeschlagen habe, die letztlich nicht übernommen worden sei.

Wie das Erstgericht zutreffend festgestellt hat, wenden sich die Art. 3 (d) und 5 der VO Nr. 1162/2001, deren Nichtigerklärung die Kl. erreichen will, abstrakt an unbestimmte Personengruppen und gelten für objektiv bestimmte Sachverhalte. Diese Bestimmungen haben daher ihrem Wesen nach allgemeine Geltung. Eine natürliche oder juristische Person kann aber von einer solchen Vorschrift nur dann individuell betroffen sein, wenn diese sie wegen bestimmter besonderer Eigenschaften oder aufgrund von Umständen betrifft, die sie aus dem Kreis aller übrigen Personen herausheben und sie in ähnlicher Weise individualisieren wie einen Adressaten. Der Umstand, dass die Kl. der einzige Wirtschaftsteilnehmer ist, der Wittling in den Gewässern südlich von Irland mit Schiffen von mehr als 30 Metern Länge fängt, ist aber, wie das Erstgericht zutreffend ausgeführt hat, nicht geeignet, sie zu individualisieren. Dies deshalb, weil die Art. 3 (d) und 5 der VO Nr. 1162/2001 die Kl. nur wegen ihrer objektiven Eigenschaft als Wittlingfischer, der in einem bestimmten Gebiet eine bestimmte Fangtechnik anwendet, ebenso wie jeden anderen Wirtschaftsteilnehmer betreffen, der sich tatsächlich oder potenziell in der gleichen Lage befindet.

Außerdem ist nicht ersichtlich, dass der Kommission für den Erlass der VO Nr. 1162/2001 durch eine gemeinschaftsrechtliche Bestimmung die Anwendung eines Verfahrens vorgeschrieben wäre, in dessen Rahmen die Kl. möglicherweise Rechte wie das Anhörungsrecht hätte geltend machen können. Daher kann der Umstand, dass die Kl. nach ihrem Vorbringen die einzige Fischfang-Reederei war, die der Kommission vor dem Erlass der VO Nr. 1162/2001 eine bestimmte Lösung für die Wiederauffüllung des Seehechtbestands vorgeschlagen hatte, sie nicht iSv. Art. 230 (4) EG individualisieren. Das Anschlussrechtsmittel ist daher **zurückzuweisen**.

□ **Der EuGH hat für Recht erkannt:**

- „1. Das Urteil des Gerichts erster Instanz wird aufgehoben.
2. Die Nichtigkeitsklage der Kl. gegen die Art. 3 (d) und 5 der VO (EG) Nr. 1162/2001 ist unzulässig.
3. Die Kl. trägt die Kosten beider Rechtszüge.“

C.S.

[Das Urteil im deutschen Originalwortlaut \(pdf-Format\).](#)

[1] Danach kann jede natürliche oder juristische Person unter den gleichen Voraussetzungen gegen die an sie ergangenen Entscheidungen sowie gegen diejenigen Entscheidungen Klage erheben, die, obwohl sie als Verordnung oder als eine an eine andere Person gerichtete Entscheidung ergangen sind, sie unmittelbar und individuell betreffen.